

Klaus von Dohnanyi: „Sind wir nur noch die „Vasallen“ Amerikas? Die Antwort muss wohl leider ein klares ´Ja´ sein.“ (FAZ, 23. Juni 2018)

Ein 90-jähriger Politiker, dessen Biographie eng mit den USA und mit der Wirtschaft verbunden ist, der Mitglied der Atlantik – Brücke ist und nie im Verdacht stand, links zu sein, spricht klare Worte. Wenn Europa kein Vasall bleiben wolle, müsse es sich „von der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten befreien“!

Schon länger sei es offensichtlich, dass die USA ihre eigenen Interessen verfolgen und dabei neben dem Militär vor allem ihre enorme Wirtschaftsmacht einsetzen, rücksichtslos und brachial. Nord Stream, die umfassende Sanktionspolitik und die Iranpolitik nennt er als Belege. Das sei übrigens nicht erst seit Trump der Fall, weshalb die Europäer auch nicht auf die Hoffnung setzen sollten, nach Trump werde wieder alles gut. Die Interessen der Europäer und die der USA könnten gar nicht übereinstimmen, es gebe sehr deutliche Gegensätze. Ein Beispiel: würde die Sanktionspolitik der USA gegenüber Russland zu einer Destabilisierung des Landes führen, wäre dies aus Sicht des Nachbarn EU eine Katastrophe, Amerika aber bliebe weitgehend unberührt. Die USA seien nun einmal „eine kontinentale Insel, geschützt von zwei Ozeanen“. Das geopolitische Chaos, das die USA etwa durch den Krieg im Irak angerichtet hätten, könne die USA kalt lassen, denn: „mit dem Ruderboot kann man die Küsten von Maine und Massachusetts nicht erreichen, wohl aber die Küsten Europas“.

„Der Westen zog Vorteile aus der schwachen Lage Russlands ...“

In vorsichtiger Form deutet Dohnanyi an, dass auch die Politik der NATO – Osterweiterung auf das einseitige geopolitische Interesse der USA zurückzuführen sein könnte. Möglicherweise sei die entsprechende Politik der USA von Überlegungen des britischen Geostrategen Mackinders und des einflussreichen US-Amerikaners Zbigniew Brzezinski geleitet, nach denen der Raum Europa und das westliche Russland als „heartland“ für die Beherrschung der Welt anzusehen sei. Jedenfalls hätten die USA nach 1990 die Möglichkeiten der Entspannung mit Russland nicht genutzt. Er zitiert den ehemaligen Botschafter der USA bei der NATO, Robert Hunt, der 2015 Folgendes in der „Financial Times“ ausgeführt habe:

„Der Westen (und insbesondere die Vereinigten Staaten) zog Vorteile aus der schwachen Lage Russlands, ließ grundlos den Anti-Ballistik-Raketenvertrag fallen, stellte Raketenabwehrsysteme im Zentrum Europas auf, stationierte entgegen einer Absprache dort NATO - Truppen und erweiterte die NATO – Mitgliedschaften so, dass Russland sich eingekreist fühlen konnte.“

Dohnanyi beklagt, dass es auf Hunt keinerlei Resonanz aus Europa gegeben habe. Wer aber nicht mehr Herr über seine Außenpolitik gegenüber der unmittelbaren Nachbarschaft sei, verfüge nicht über wirkliche Souveränität. Genau diese müsse Europa nun aber anstreben. Und es solle bei der NATO beginnen. Denn die Mitgliedsländer hätten sich zwar für den Verteidigungsfall zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtet, aber „im Vorfeld eines möglichen Verteidigungsfalles gibt es keine Regelung für eine wirksame außenpolitische Abstimmung“. Iran wie auch das Verhältnis zu Russland seien warnende Beispiele.

Wenn aber im Ernstfall keine Abstimmung erfolgt, entscheiden die USA allein. In ihrem eigenen Interesse.

Muss Europa die NATO in ihrer heutigen Form in Frage stellen?

Dohnanyis Konsequenz: „Wenn Amerika aber seine Alleingänge in unserer Nachbarschaft fortsetzen will, dann muss Europa die Nato in ihrer heutigen Form in Frage stellen...“ Er nennt drei weitere Ziele, um sich von der amerikanischen Vorherrschaft zu befreien, vor allem auf die Wirtschaft bezogene. Dabei empfiehlt er europäischen Unternehmen sogar, sich Investitionen auf dem amerikanischen Markt genau zu überlegen. Als Idealzustand für die Zeit nach dem Abschütteln der Vorherrschaft der USA sieht er eine Partnerschaft auf Augenhöhe: „Nur so können wir auch ein verlässlicher Partner Amerikas bleiben.“

Für Politiker, die im Vasallendenken befangen sind – und das sind die meisten -, müssen die Überlegungen Dohnanyis ungeheuerlich erscheinen. Dann hätten sie ja in den vergangenen 28 Jahren fast alles falsch gemacht (mit Ausnahme der rotgrünen Verweigerung in Bezug auf den Irakkrieg). Dann wäre insbesondere die bisherige Politik gegenüber Russland im Interesse der USA, aber gegen das eigene, europäische Interesse gerichtet. Sie wären sozusagen auf die USA hereingefallen.

Dann müsste man einen grundlegenden politischen Wandel einleiten.

Vielleicht ist es da doch bequemer, die Dohnanyis Äußerungen abzutun oder – noch einfacher – gleich zu ignorieren. Wir werden es sehen.